

## **Norddeutsche CDU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz in Bremen 30. September 2019**

### **Wasserstoffstrategie für Norddeutschland gemeinsam umsetzen**

Die Fraktionsvorsitzenden der norddeutschen CDU-Landtagsfraktionen aus Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen beschließen:

Der Schutz unserer Umwelt ist nicht nur Teil unserer Zukunftsverantwortung für eine lebenswerte Welt für unsere Kinder, sondern auch Teil unserer Verantwortung in einer globalisierten Welt. Erderwärmung und Klimawandel, Verschmutzung von Luft, Umwelt und Meeren oder auch die zunehmende Verknappung von trinkbarem Wasser sind keine „externen“ Probleme, sondern betreffen uns auch lokal.

Neben dem Atomausstieg wird auch der für 2038 beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung den Industriestandort Deutschland vor große Herausforderungen stellen. Gleichzeitig nimmt uns sowohl das von uns anerkannte, ambitionierte Klimaschutzziel der Europäischen Union als auch des globalen Pariser Klimaschutzabkommens in die Pflicht, über regenerative und klimafreundliche Energieerzeugung unseren Energiebedarf zu decken. Neben einer klimafreundlichen und regelbaren Energieproduktion ist insbesondere die dauerhafte Versorgungssicherheit ausschlaggebend für eine gelingende Energiewende.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei, neben LNG, „grünem“ Wasserstoff als Energieträger und Ausgangsprodukt für die sog. „Power-to-X“-Technologie zu. Er kann das fehlende Bindeglied einer nachhaltigen Energiewende in allen Sektoren sein. Wasserstoff lässt sich mit den heute schon vorhandenen Techniken langfristig lagern, transportieren und bei Bedarf als Energieträger emissionsfrei rückverstromen oder verbrennen. Er kann zudem in der Industrie als chemischer Grundstoff (z.B. als Kohleersatz in der Stahlproduktion) als auch im Verkehrssektor zum Einsatz kommen – sei es in Brennstoffzellenfahrzeugen (PKW, LKW, Landwirtschaft) bzw. -zügen oder als Ausgangsprodukt für synthetische Kraftstoffe, wie z.B. erneuerbar produziertem Methanol, Benzin, Diesel oder Kerosin (sog. „Power-to-Liquid“-Verfahren). Im Wärmesektor kann Wasserstoff direkt mittels Brennstoffzellen-BHKWs (KWK), der Beimischung zu Erdgas oder als Ausgangsprodukt für synthetisches Methan genutzt werden. Wasserstoff bietet zudem als Speichermedium das Potenzial, überschüssige Erneuerbare Energie, insbesondere Windstrom, die aufgrund bestehender Netzengpässe im Moment ihrer Erzeugung nicht in das Übertragungsnetz eingespeist werden kann, sinnvoll zu nutzen.

Die Wasserstoffherzeugung aus erneuerbar produzierten Strom (insb. Windstrom) mittels Elektrolyse aber auch aus biogenen Reststoffen bietet für die norddeutschen Länder große

Zukunftspotenziale. Um die Vorteile des Wasserstoffs mit seinen breiten Anwendungsmöglichkeiten insbesondere bei der Dekarbonisierung des Wärme- und des Mobilitätssektors zu nutzen, bedarf es eines Marktanreizsystems, welches dem Wert von erneuerbarem Wasserstoff für eine sektorgekoppelte Energiewende gerecht wird. Durch eine Automatisierung der Produktionstechnologien (z.B. Elektrolyse), die großtechnische Produktion von Wasserstoff und eine konsequente Abwärmenutzung können sowohl Kapitalkosten als auch operative Kosten gesenkt sowie die Energieeffizienz und der - noch nicht hinreichend wettbewerbsfähige - Wirkungsgrad verbessert werden. Damit diese Entwicklung vornehmlich durch die Wirtschaft initiiert wird, müssen zukünftig erheblich mehr Wasserstoffmengen produziert, gespeichert und nachgefragt werden. Dafür bedarf es neben hoher privater Investitionen insbesondere langfristig verlässlicher, geeigneter politischer Rahmenbedingungen.

Norddeutschland ist als Wasserstoffregion prädestiniert. Es verfügt über viele Offshore- und Onshore-Windkraftanlagen, die sich potenziell als Stromlieferant für und zur Produktion von Wasserstoff eignen, sowie über Untergrundspeicher für Erdgas (Kavernen), die ein wichtiger Baustein einer Wasserstoffökonomie sein können. Die norddeutschen See- und Binnenhäfen eignen sich sowohl für den Umschlag von Wasserstoff, als auch für seinen Einsatz als Energieträger, z.B. zur Beheizung von Logistik- und Produktionshallen (Wasserstoff-KWK) und als Kraftstoff für LKW, Busse, Spezialfahrzeuge und Schiffe, sowie zur Errichtung von Elektrolyseanlagen. Die Expertise der in Norddeutschland bestehenden Forschungseinrichtungen (wie z.B. der Hochschule Bremerhaven, dem Fraunhofer IWES, der Universität Rostock, der Fachhochschule Stralsund, dem Energie-Forschungszentrum Niedersachsen, der Wissenschaftsallianz Wasserstofftechnologie Niedersachsen, dem Leibniz-Institut für Katalyse, dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut und der Fachhochschule Westküste) kann und muss genutzt werden.

Eine grüne Wasserstoffwirtschaft birgt für die Regionen große Chancen für einen erfolgreichen Strukturwandel mit stabilen Wertschöpfungsketten und qualifizierten Arbeitsplätzen. Sie bietet darüber hinaus die Grundlage für eine klimaneutrale Energietransformation, die sich bei alleinigem Fokus auf den Ausbau des erneuerbar produzierten Stromanteils und der Elektromobilität nicht realisieren lässt. Wasserstoff kann im klimaneutralen Energiesystem die Volatilitäten des erneuerbaren Stroms ausgleichen und durch seine flexible Nutzung Redundanzen und Resilienzen im Energiesystem erzeugen und damit nachhaltig die Versorgungssicherheit auch in Zeiten geringer Produktion von Erneuerbarem Strom (sog. „Dunkelflaute“) sicherstellen.

Mit den am 21. Dezember 2018 in Kraft getretenen Änderungen des „Energiesammelgesetzes“ wurden jüngst die planungs- und zulassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen, um Windenergieanlagen auf See zu errichten, die nicht an das landseitige Stromnetz angeschlossen sind, weil sie mit dem erzeugten Strom andere Energieträger und -formen, wie zum Beispiel Wasserstoff, erzeugen. Im Rahmen der programmübergreifenden For-

schungsinitiative „Energiewende im Verkehr“ fördert das BMWi mit rund 87 Millionen Euro im Zeitraum 2019 bis 2022 Forschungsprojekte zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten Kraftstoffen. Dies beinhaltet auch eine Forschungsförderung für maritime Systeme mit synthetischen Kraftstoffen und „Smart Microgrids“ in Hafengebieten. Schwerpunktmäßig um CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff geht es auch im Ideenwettbewerb des BMWi „Reallabore der Energiewende“, dessen Favoriten seit Juli 2019 feststehen. Aus diesen 20 Favoriten werden nunmehr die Gewinner des Ideenwettbewerbs ermittelt. Mit den Wettbewerben HyLand, HyExperts und HyPerformer hat der Bund den Ländern weitere Fördermaßnahmen für Wasserstoff-Konzepte bereitgestellt.

Vor diesem Hintergrund fordern die Fraktionsvorsitzenden der norddeutschen CDU-Landtagsfraktionen ihre Landesregierungen auf,

1. die Potenziale der Wasserstoffwirtschaft zu heben und gemeinsam mit den Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft eine norddeutsche Wasserstoffstrategie zu erarbeiten, die die o.g. Aspekte aufgreift;
2. Modellvorhaben und Testfelder zur Wasserstoffproduktion, -speicherung und Anwendung sowie zur Kopplung der Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Privathaushalte zu initiieren bzw. zu unterstützen, sich auf entsprechende Förderprogramme des Bundes zu bewerben bzw. entsprechende Bewerbungen zu unterstützen;
3. Erneuerbaren Wasserstoff hinsichtlich Forschung, Entwicklung, Demonstration, Markthochlauf als Bindeglied der Sektorenkopplung für die Energiewende in ihre regionalen Innovationsstrategien und EFRE-OPs aufzunehmen und ggf. eigene Landesförderprogramme aufzulegen;
4. bei Strategien und Zeitplänen für die breite Nutzung der Wasserstofftechnologie die Nutzungshorizonte fossiler Energieträger sowie emissionsärmerer Übergangstechnologien (z. B. LNG) im Sinne eines technologieoffenen Fahrplans für eine emissionsarme Mobilität mitzudenken und dabei die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen;
5. den Ausbau des Netzes an Wasserstofftankstellen bzw. Tanksäulen zu forcieren;
6. ihre Verwaltungen, Kommunen und sonstigen öffentlichen Trägern dabei zu unterstützen, die Fahrzeugflotten des Öffentlichen Personennahverkehrs (einschließlich Regionalzüge) sowie Kommunalfahrzeuge (insb. Müllsammelfahrzeuge) in Norddeutschland im Rahmen von Modellvorhaben verstärkt auf Wasserstoff umzustel-

len, sich für eine stärkere Bundesförderung einzusetzen sowie eigene Landesmittel dafür vorzusehen;

7. sich auf Bundesebene für Anreize für einen wasserstoffbetriebenen Schwerlastverkehr (insb. Transportgewerbe, Logistik) und eine wasserstoffbetriebene Personentransportbeförderung (insb. Busse, Taxis) einzusetzen;
8. sich auf Bundesebene für eine Anpassung der energierechtlichen Rahmenbedingungen für eine Wasserstoffökonomie einzusetzen (insb. Befreiung vom EEG, keine Unterscheidung zwischen Wasserstoff als Energieträger und Industriegas, Umsetzung der RED II unter Ausschöpfung des gesamten Rahmens);
9. sich auf Bundesebene für eine Anhebung der Ausbauziele für Offshore-Wind auf mindestens 20 GW bis zum Jahr 2030 sowie auf mindestens 30 GW bis zum Jahr 2035 einzusetzen;
10. Wasserstoff- und Power-to-X-Technologien fest in die schulische Ausbildung zu integrieren und die Schulen entsprechend auszurüsten und zu qualifizieren;
11. Informationskampagnen zur Bedeutung von Wasserstoff im Rahmen der Energiewende, zu seinen Potentialen und gezielt gegen Vorbehalte der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich vermeintlicher Gefahren sowie zur nachhaltigen Aufklärung durchzuführen.

Bremen, 30. September 2019

**Tobias Koch, MdL**

Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

**Vincent Kokert, MdL**

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern

**Dirk Toepffer, MdL**

Vorsitzender der CDU-Fraktion Niedersachsen

**André Trepoll, MdHB**

Fraktionsvorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg

**Thomas Röwekamp, MdBB**

Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen